

Bericht

von der Veranstaltung am 19.10.2013 in Vorbereitung der 3. Tagung des 4. Landesparteitages am
23.11.2013
zu den Schwerpunkten Wohnen und Mieten in Berlin

An der Veranstaltung im Karl-Liebknecht-Haus nahmen ca. 50 GenossInnen aus dem Landes- und den Bezirksvorständen der Partei DIE LINKE, der LAG Städtebau und Wohnungspolitik, aus der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, den bezirklichen Arbeitsgemeinschaften sowie interessierte GenossInnen und Parteilose teil. Die Veranstaltung korrelierte mit dem „Europäischen Aktionstag für das Recht auf Wohnen“, der am gleichen Tag begangen wurde.

Die Veranstaltung wurde von Elke Breitenbach, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus und Dr. Guido Brendgens, Referent für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Umwelt der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus moderiert.

Der Landesvorsitzende Genosse Klaus Lederer hob in seiner Einführungsrede das Recht auf Wohnen als Menschenrecht und zentrale Frage der LINKEN hervor. Angesichts des durch die gegenwärtige Regierungskoalition zu verantwortenden faktischen Stillstands bei der Bekämpfung der schlimmsten Auswüchse von Mietsteigerung, Grundstücks- Spekulation und Vertreibung von Mietern sei ein entschiedener politischer Druck „von unten“ notwendig. Die LINKE übe dabei eine Schlüsselrolle bei der Organisierung der Mieterproteste ein, da nur sie eine klare Position zur Umkehr der verhängnisvollen Senatspolitik einnehme.

Hinderlich wirke sich bei der Zusammenarbeit mit den vielfältigen Mieterinitiativen die Beteiligung der PDS/Linkspartei an der Berliner Regierung während zweier Wahlperioden aus. Insbesondere die Privatisierung der GSW wird der LINKEN bis heute zum Vorwurf gemacht. Dabei ist heute nur noch von geringem Interesse, in welcher Zwangslage sich Berlin, und damit die Regierungspartei PDS, 2002 befunden habe. Die LINKE zog daraus unwiderruflich den Schluß, daß Wohnungen, als Bestandteil der öffentlichen Daseins- Fürsorge, niemals privatisiert werden dürfen.

Heute sei es so, daß in den deutschen Metropolen zumindest für eine Dämpfung der Mieten-Entwicklung gesorgt werde – nur in Berlin sei das Gegenteil der Fall. Die LINKE werde also ihren Kampf verstärken, weswegen sich der bevorstehende Landesparteitag ausschließlich diesem Thema widmen werde. Ein wichtiges Dokument sei dabei der im Entwurf vorliegende Leitantrag, der auf der Veranstaltung sicher weiter konkretisiert werde.

Erster Rede- Beitrag von Klaus- Dieter Heiser, Mitglied des Bezirksvorstands der LINKEN Neukölln zur Bevölkerungsentwicklung und zur Bedarfsermittlung für Wohnraum:

Berlin verzeichnet in diesem Jahr eine durchschnittliche Mietsteigerung von 13% (Angabe: GSW). Innerhalb des S-Bahnringes ist faktisch kein preiswerter Wohnraum mehr verfügbar. Von der enormen Mietsteigerung sind mindestens neun von zwölf Bezirken betroffen. Unter den in diesem Jahr entstehenden ca. 4.000 WE ist keine einzige im niedrigen Preissegment.

Mieten machen im Durchschnitt 27,4% des Familieneinkommens aus, was selbstredend sehr differenziert ist und Familien mit niederem Einkommen besonders hart trifft. Während die Mieten unaufhörlich steigen, nahmen in den letzten Jahren das Real-Einkommen und die Real-Renten ab. Da 86% der Berliner zur Miete wohnen, ist eine nicht länger hinnehmbare, absurde Situation entstanden, aber der Senat tut nichts, um eine Wende herbei zu führen. Einige Regelungen sollen

lediglich der Deckelung des Mieten-Anstiegs dienen. Es existiert faktisch kein einziges staatliches Regulativ, das diesen Mieten-Wahnsinn stoppt.

Bis 2030 rechnet der Senat mit ca. 254.000 „Neu“- Berlinern und mit 15.000 Neu- Haushalten p.a.. Diesen Angaben muß man skeptisch begegnen, denn Senatsprognosen gingen in der Vergangenheit immer an der Wirklichkeit vorbei. Wie dem auch sei, der Senat versucht, dieser Entwicklung mit dem StEP 2030 beizukommen, der aber schwerpunktmäßig nur auf Neubau setzt. Neubau ist aber die teuerste Form der Lösung der Wohnungsfrage. Deshalb ist klar, daß hierin nicht die Lösung steckt, wenn nicht dem effektiven und mietergerechten Umgang mit den Beständen Priorität eingeräumt wird. Vor dem ehemals über 400.000 landeseigenen WE sind nur noch 275.000 übrig geblieben. Die Privatisierungswelle hat die öffentliche Einflußnahme auf den Wohnungsmarkt praktisch zum Erliegen gebracht. Dem Senat ist offensichtlich völlig unklar, wie mit der zunehmenden Zahl von Altersrentnern und Studenten, mit der europäischen Wanderungsbewegung, der Armenbewegung und den Flüchtlingen umgegangen werden soll.

Zweiter Redebeitrag: Sebastian Gerhard, Vorstandsmitglied im „Haus der Demokratie“

Berlin ist eine typische Mieterstadt, aber der großen Mieter-Mehrheit gehören die Wohnungen nicht, sondern Wenigen. Der Rendite-Gier der Vermieter sind aber durch die negative Entwicklung der Reallöhne Grenzen gesetzt. Ein Eigentümer steht immer vor dem Dilemma Bedarf versus zahlungskräftige Nachfrage.

Die ursprüngliche typisch Berliner soziale Durchmischung der Wohnbevölkerung geht immer mehr verloren. Da geht es schon lange nicht mehr um Einzelschicksale; immer mehr ältere und ärmere Menschen geraten in ausweglose Situationen, weil sie zwar umziehen wollen (oder müssen), aber nicht können, weil sie die aberwitzigen Neuvermietungszuschläge nicht aufbringen können.

Es gibt drei große Gefälle: Arm vs. Reich, Ost vs. West, Ausländer vs. Deutsche. Migrantinnen haben faktisch keine Chance mehr auf ordentliche Unterkünfte.

Rational nicht mehr erklärbar ist die Haltung der Verantwortlichen, auch in den Bezirken. Manche Lokalpolitiker erfreuen sich an der Schein-Prosperität in ihren teuren Kiezen und haben den Blick auf die sozialen Probleme völlig verloren.

Berlin hat ca. 1,8 Mio. WE, davon ca. 1,6 Mio. Miet- WE; insgesamt mit einem geschätzten Ertragswert von ca. 200 Mrd. €. Von der Regierung kommen faktisch keine Impulse zur Veränderung der völlig verfahrenen Situation, sondern nur von den Mieterinitiativen. Die Mieter müssen in den Umbau der Berliner Wohnungswirtschaft aktiv einbezogen werden. Die öffentliche Hand muß in den Wohnungsmarkt aktiv eingreifen, die Bestände stützen und statt Neubau vor allem Wohnungen zurückkaufen. Die Bestandsmieten müssen gebremst werden.

Dritter Redebeitrag: Katrin Lompscher: Soziale Wohnungspolitik umsetzen

Alle Anträge der Linksfraktion werden im Abgeordnetenhaus prinzipiell abgelehnt. Dennoch ist unübersehbar, daß die Koalition zumindest gezwungen wurde, einige erste Schritte zu unternehmen, weil der Druck „von unten“ immer größer wird. Entscheidende Schritte werden aber nicht gegangen. Es gibt faktischen Stillstand. Das „Mietenbündnis“, das der Senat mit seinen eigenen Wohnungsgesellschaften schloß (bereits das ist ein Witz), ist ein einziger Schuß in den Ofen. Von einer angekündigten „transparenten“ Liegenschaftspolitik kann überhaupt nicht die Rede sein. Es soll jetzt ein Zweckentfremdungsverbots-Gesetz geben. Der Entwurf ist jedoch derartig schwammig, daß

das Gesetz nur ein wirkungsvolles Instrument werden kann, wenn die Änderungsvorschläge der Opposition eingearbeitet werden.

Die städtischen Wohnungsgesellschaften sollen jetzt 175 Mio. € an Eigenmitteln aufbringen und 600 Mio. € an Fremdmitteln (also von den Banken) aufnehmen. Das ist weiter nichts, als das Sozial-Wohnungsbau-Modell aus alten Zeiten, dessen Auswirkungen verheerend sind.

Das einzige, wozu die LINKE zustimmen kann, ist die Erweiterung des Kündigungsschutzes auf 10 Jahre für die Mieter bei Umwandlung in eine Eigentumswohnung.

Jetzt geht es darum, daß die vielen Mieter-Initiativen Zugang zu allen Informationen erhalten, damit sie den Druck verstärken können, der derzeit noch nicht ausreicht. Vor Allem müssen sich die Initiativen vernetzen! Das kann die LINKE nicht organisieren, aber dabei helfen.

Der vorliegende Leitantragsentwurf enthalte die wichtigsten Schwerpunkte, um die es jetzt geht:

- Mietendämpfung,
- Stärkung der „Städtischen“,
- Bedarfsgerechter, bezahlbarer Wohnraum für alle.

Folgende Fragen bzw. Bemerkungen aus dem Auditorium dazu:

- Wohnraumgesetz ist von der Bundesgesetzgebung schon überholt. Wie stellt sich die Linke dazu?
- Wie stellt sich die LINKE zukünftig das Zusammenwirken der Partei mit den Initiativen praktisch vor? Wir dringen mit unseren Forderungen derzeit noch nicht durch. Der LPT muß also unsere Kernforderungen in 3-4 politischen Botschaften fokussieren.
- Arbeit am Mietspiegel 2015 beginnt jetzt! Wir müssen die bisherige Ausarbeitungspraxis skandalisieren!
In allen Bezirken müßten die Bürger erfahren, wo sie sich mit ihren Sorgen hinwenden können – die Meisten kennen nicht die verschiedenen Anlaufstellen.
- Wie schätzen wir die Situation der Mieter ein, die rund um die Neubauten wohnen und fürchten müssen, beim nächsten Mietspiegel Opfer der dann geltenden „Vergleichsmieten“ zu werden?

Genn. K. Lompscher nahm zu einigen Fragen wie folgt Stellung:

- Schlüsselproblem sind die Kosten für die Unterkunft. Wenn wir dort nicht vorankommen, wird die Lage katastrophal. Hierzu bedarf es der gesamten Wucht und Breite des Widerstands.
- Den WE- Zuwachs müssen die Städtischen erbringen! Aber dazu bedarf es eines völlig neuen Modells (Sonderfonds etc.), damit Berlin nicht wieder in die alte Sozialwohnungsbau-Falle tappt.
- Schwierig ist die Sache mit dem Wohnraumgesetz, das ursprünglich für die Mieter in den Sozial- WE gedacht war, deren Förderung auslief. Die daraus resultierenden Folgen wurden damals nicht überblickt. Heute stellt sich der Senat dazu taub. Es bedarf aber dazu eines neuen Berliner Gesetzes.
- Zur Frage der Zusammenarbeit mit den Initiativen muß beachtet werden, daß wir keine „Führungsrolle“ haben. Klar ist auch, daß uns viele der potentiellen Mitstreiter skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen.

Vierter Redebeitrag von Ulrike Hamann von der Initiative „Kotti & Co.“: Zurück erwerben, ertüchtigen, preiswert bauen:

Wir brauchen nie wieder das alte Sozialwohnungsbau-Modell mit Super-Abschreibungs-Möglichkeiten für die Investoren, die noch zusätzlich mit Senats- Zuschüssen versüßt wurden!

Am Cottbusser Platz gibt es ca. 1.000 GSW-Wohnungen – jetzt noch mit Nettokaltmieten von 4-5 €/m². Wenn die nicht den Miethaien der Deutsche Wohnen anheim fallen sollen, gibt es nur Eines: Rekommunalisierung! Man muß sich das mal vorstellen: Die GSW wird zum Nulltarif privatisiert und verkauft die Wohnungen jetzt mit Gewinn! Jetzt nennen uns Klaus Lederer und Harald Wolf acht Problemfelder, auf die es in unserer Arbeit ankommt. Das ist zwar gut gemeint, und das ist alles richtig, aber die PDS hätte da 2002 daran denken sollen!

Nach unserer Auffassung ist die unausweichliche Rekommunalisierung nur der erste Schritt. Was haben wir davon, wenn unsere Wohnungen wieder Landeseigentum werden und wir dann den Städtischen ausgeliefert sind, die ja auch nicht gerade zimperlich sind, was die Mietsteigerung angeht? Auch würde uns ein Senat bei klammen Kassen jederzeit wieder gnadenlos verkaufen.

Uns geht es um die Einheit von Erwerbsmodell, Bewirtschaftung durch uns selbst und um den Entzug der Wohnungen aus den Händen der Städtischen. Rekommunalisierung – Gemeinnützigkeit – Selbstverwaltung, so heißt die Devise!

Natürlich brauchen wir dazu erst einmal das Startkapital, das nur vom Land Berlin kommen kann. Die Begleit- Effekte für die Stadtkultur, Verantwortungswahrnehmung, Gegenseitigkeit usw. wären enorm. Jetzt erwarten wir, auch von der LINKEN, daß wir nicht nur gelobt, sondern aktiv unterstützt werden. Schließlich sind wir nicht nur Eure Stichwortgeber!

Fünfter Redebeitrag von Reiner Wahls, Stadtteilbüro Friedrichshain:

Er führt zunächst die verhängnisvolle Geschichte des Berliner Wohnungsbaus seit dem Wegfall der Berlin- Zulage 1994 vor, nicht ohne nochmals die Rolle der PDS als Regierungspartei zu kritisieren.

175 zu 600 Mio. € geht überhaupt nicht! Da landen wir wieder dort, wo Berlin schon mal war (und immer noch ist). Wir müssen aus der Verschuldungssituation ´raus! In Österreich und in der Nachkriegs-BRD, mit dem Marshall- Plan, ging es doch auch! Was wir brauchen, ist ein revolvierender Fonds, und zwar zu Sonderkonditionen, was nur mit einer Bank der öffentlichen Hand (IBB) geht. Wenn jetzt nicht die Würfel dafür fallen, war der Gedanke der Rekommunalisierung umsonst. Bis Dezember müssen wir damit in der Öffentlichkeit angekommen sein, weil sonst der Dampfer „Doppel- Haushalt“ weg ist. Das geht aber nicht auf der Basis der Selbstaussbeutung einiger Weniger. Da muß z.B. einer die Gutachten bezahlen. Warum nicht Ihr?

Sechster Redebeitrag von Peter Keibel, IG Bau, Mitglied der LAG Betriebe und Gewerkschaften:

Wißt Ihr schon, daß 60% der Baukosten Bankzinsen sind? Darüber müssen wir reden, und nicht über dünnere Wände oder das Weglassen von Kellern zur Kostensenkung. Die 8,50 €/m² als Untergrenze für den Neubau, die oft genannt werden, könnten gerade durch eine sinnvolle Förderung unterschritten, daher weniger Kredite aufgenommen und weniger Bankzinsen gezahlt werden.

Die LINKE tut sich in Sachen Neubau sichtlich schwer. Andere sind da schneller und dringen damit offenbar auch durch. Das geht so nicht. Die LINKE muß sich klar bekennen, und zwar nicht nur dazu, wo nicht gebaut werden kann, sondern dazu, wo gebaut werden kann! In Berlin stehen massenhaft öffentliche Gebäude leer; davon kann ein großer Teil preiswert zu Wohnungen umgebaut werden.

Siebenter Redebeitrag von Enrico Schönberg, Mietersyndikat:

Ziel des Mietersyndikats: Wohnungen dem Markt entziehen und Weiterverkauf verhindern. Stichwort: „Bezahlbar und unverkäuflich wohnen“. Es werden keine privaten Eigentumsverhältnisse regeneriert. Er stellt Beispiele der insgesamt 75 Häuser mit 2.000 Mietern vor, die auch Mitbesitzer und Mit-Entscheider sind: Malmöer Str. 29 im Prenzlauer Berg und Magdalenenstr. (ehem. MfS-Objekt) mit Mieten von 5,90 bzw. 4,20 €/m² und Baukosten von 1.000 bzw. 420 €/m². Außerdem erläutert er das Organisations- und Mitentscheidungs-Organigramm. Wichtig weiter das Solidar-Prinzip (gestandene Mieter unterstützen neue Objekte). Der Verantwortungs-Wahrnahme-Effekt der Mieter ist sehr hoch und ausgeprägt. Das Finanzierungsmodell funktioniert über revolvingende Fonds.

Achter Redebeitrag von Melanie Dyck von der Initiative „GSW23“:

Wie der Name sagt, handelt es sich um den Zusammenschluß von 23 Häusern, vornehmlich Alt- und Gründerzeit- Bauten; allesamt sehr schön, fast alle in Kreuzberg. Da zogen die fünf „A“ ein (Alte, Ausländer, Asylanten, Arme, Arbeitslose); viele davon wohnen heute noch dort. Sechs Häuser sollen jetzt weiterverkauft werden. In zwei Häusern sind die Mieter ganz aktiv.

In der seinerseits verkündeten Sozial-Charta war niedergelegt, daß ein Weiterverkauf an die Mietergemeinschaften erfolgen kann, aber daran hält sich heute niemand mehr. Deshalb klagen wir gegenwärtig gegen den Senat und gegen die GSW. Der Richter ist bis jetzt unserer Auffassung gefolgt, aber die GSW wird natürlich mit ihren Super-Anwälten gegenhalten. Wir haben kein Geld, uns Super-Anwälte zu leisten. Wir brauchen dringend juristischen Beistand. Könnt Ihr uns helfen?

Jetzt das übliche Spiel: Schikane, Entmietung, Modernisierung, Weiterverkauf. Auch hier der GSW-Skandal: Schenkung stadteigener Wohnungen an die GSW, die sie jetzt gewinnbringend weiter verschreibt.

Uns geht es nicht nur um ein neues Modell. Uns geht es erst einmal darum, daß unsere Leute anfangen, neu zu denken. Initiativen gibt es viele, aber sich von Allem gedanklich loszulösen, was in Berlin schief läuft, ist schwierig. Hier bauen wir auf Eure Hilfe! Wenn keine Unterstützung von der LINKEN kommt – von wem dann? Die Linksfraktion könnte z.B. helfen, daß die STATTBAU GmbH den Auftrag zur Beratung der Häuser bekommt, die jetzt „energetisch modernisiert“ werden sollen. Das muß aber in den Haushalt!

Aus den Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe 1

Bezahlbare Mieten u. Mieterengagement

Einführung: Einflußreiches Beispiel für Mieterengagement in Berlin ist Kotti & Co, mit Konferenz im Abgeordnetenhaus, Demos in der Stadt. Durch erneuten GSW-Verkauf massiv gefährdet.

Da Problematik steigende Mieten u. Verdrängung in fast allen Kiezen gegeben inzwischen in Berlin ca. 70 Mietergruppen. Neue wie im Köpenicker Märchenviertel kommen dazu, ebenso Initiativen gegen Verdichtung im gehobenen Preissegment.

Grundsätzl. Problematik: Miethaus eigentlich nach ca. 50 bis 65 Jahren abgeschrieben. Miete ist Rückfluss des Investments (Betriebskosten sind verbrauchsabhängig). Wertverlust von Haus u.

Wohnungen durch physischen Verschleiß. Werterhalt sollte durch Modernisierung u. Sanierung erfolgen, damit am Markt vermietbar.

Tatsächlich wird Einbau Heizung, Bad u. zeitgemäßer energetischer Standard als werterhöhend „verkauft“. Zusätzlich durch Contracting u. nicht fachgerechte Bewirtschaftung steigende Umlagekosten. „Standorttreue“ der Mieter und Mangel an zur Verfügung gestellten Wohnungen machen es möglich. Statt pol. Korrektur eine Verschärfung durch Mietrechtsreform, weitere Verunsicherung entstanden.

Pol. Forderungen u. eigene Arbeitsziele:

- Bedeutung der Wohnung für den Menschen hervorheben – Wohnen als Grundrecht
- Mieterrechte bei Modernisierung stärken durch Forderung nach mietenneutraler energetischer Sanierung (Klimaschutz bei Bestandsbauten Landessache?)
- keine Komfortsanierung bei kommunalen WBS, keine Miete bis Oberwert Mietspiegel, keine Staffelmietverträge zulassen (> Gesobau Reinickendorf kein Referenzobjekt)
- neben Anwendung von Milieuschutzsatzung u. Zweckentfremdungsverordnung dringliche Forderung nach Umwandlungsverbot
- Verschieben des wirtschaftlichen Risikos auf Mieter aufzeigen, derzeitige Praxis gegen Sozialmieter anprangern, Umzugswelle durch Jobcenter skandalisieren (statt 1-Zimmer-pro-Person gegen Ferien- u. Zweitwohnungen)
- (- öffentl. Druck erzeugen, Kampagne der LINKEN gegen Deutsche Wohnen u. erzwungene Umzüge?)

Arbeitsgruppe 2

Landesgesetze, Senats- und Bezirksbündnisse

1. Welche Auswirkungen hat das Urteil des Bundessozialgerichtes zu WAV-Kosten für die Unterkunft für SGB 12-Bezieher/innen-dazu hat die AGH-Fraktion bereits einen Antrag eingebracht, Information für die Betroffenen notwendig
2013 wird auch noch das Urteil zu Heizkosten erwartet
2. Anwendung von Milieuschutzverordnung oder Erhaltungssatzungen auch für Bestand?
 - Kann nur für Sanierungsgebiete mit angekündigten Mieterhöhungen angewendet werden, sollte aber auch für kleinteilige Sanierungsvorhaben (einzelne Häuser) eingefordert werden.
 - Für Bestände aber anwendbar, wenn Umwandlung in Privateigentum angekündigt wird
 - Der historische Kontext, in dem diese Verordnung entwickelt wurde, existiert heute nicht mehr, deshalb ist zu überlegen/anzuregen, dass mehrere Bundesländer auf Initiative der Linken eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Bundesbaugesetzes anregen, um neue gesetzliche Instrumente zu schaffen
3. Für die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen zur energetischen Sanierung muss es für Berlin Ausführungsbestimmungen durch den Senat geben?
4. Erfahrungen und Beispiele für Rahmenmodernisierungsvereinbarungen von Bezirken und einzelnen Vermietern (Beispiel Lichtenberg) sollten erfasst und verbreitet werden
5. Erfahrungen und Beispiele von bezirklichen Bündnissen (Lichtenberg ja, Marzahn-Hellersdorf nein) erfassen und auswerten

6. Im Zusammenhang mit den vorgestellten neuen Finanzierungsmodellen für Wohnungsbauförderung (Einrichtung Sonderfonds, Nutzung von EU-Förderung) muss geprüft werden, ob neue rechtliche Voraussetzungen im Land geschaffen werden müssen
7. Im Zusammenhang mit den Regelungen zu den bisher geltenden Sonderregelungen für Bewohner/innen in der Palisadenstr. , die noch 3 Jahre gelten, sollte die AGH-Fraktion nachfragen, ob es weitere Sonderregelungen geben kann, nicht nur für die Palisadenstr. Durch die jetzt bereits stattfindenden Neuvermietungen gehen auch altersgerechte und barrierefreie Wohnungen für die Zielgruppe verloren, da diese zu teuer sind.
8. Bei den neuen Regelungen für die Wohnungsbauförderung durch die Schaffung des Sondervermögensfonds muss die bezirkliche Beteiligung gesichert werden.
9. Reparatur des Kostenmietensystems
10. Wiedereinführung der Belegungsbindung
11. Möglichkeit, fiktive Kosten durch Eigentümer auszuweisen, verbieten
12. Prüfen, welche Hürden es bei Bauanträgen von gemeinschaftlichem Bauen in den Bezirksämtern gibt (Vortrag Mietersyndikat)
13. LAG oder spezielle AG sollte sich weiter mit den Themen befassen und gegebenenfalls Aufträge formulieren, Zuarbeiten leisten

Arbeitsgruppe 3

Sozialer Wohnungsbau

In der AG zum Sozialen Wohnungsbau drehte sich die Diskussion i.W. um folgende Punkte:

Verdrängung durch Vorgaben der Wohnungsaufwendungs-VO

- Umfang der von Kosten der Unterkunft (KdU) betroffenen Haushalte SGB II + XII, Asylbewerber-Leistungsgesetz, Wohngeld) zusammen ca. 420.000 Haushalte
- Aufforderung zur Mietsenkung: ca. 60.000 Haushalte
- Zwangsumzüge 1.300

Da der Markt unter der vom Jobcenter bewilligten Mietobergrenze liegende Angebotsmieten innerhalb und zunehmend auch außerhalb des S-Bahn-Rings immer weniger bereitstellt, werden die die KdU überziehenden Haushalte an die Stadtränder und zunehmend auch nach Brandenburg verdrängt.

Daher die Kern-Forderung: Die von von Transferleistung abhängigen Haushalte verlangte Miete muss grundsätzlich als „angemessen“ gelten, d.h. erstattet werden.

Kurzer Aufriss des Kahlschlags im Sozialen Wohnungsbau

Durch Auslaufen der Belegungsbindungen bei gleichzeitigem Stillstand im Neubau setzt sich die gerade in Berlin besonders dramatische Schrumpfung des Sozialen Wohnungsbaus fort. Zugleich erhöht sich die Miete im geförderten Sektor auf zwei Wegen: durch Wegfall der Anschlussförderung kann der Vermieter die Kostenmiete verlangen (in der Praxis bis 12 – 22 Euro/qm); durch die zulässige jährliche Erhöhung um 13 Cent/qm aufgrund der schrittweisen Rückführung der Förderung.

Sozialer Wohnungsbau verliert so seine Regulierungsfunktion im Wohnungsmarkt und wird zugleich zum Verdrängungsinstrument.

Daher die zweite Kernforderung: Neustart im Sozialen Wohnungsbau als strategisches Instrument der Regulierung des Wohnungsmarkts. Wesentliches Element dieses Neustarts muss die Finanzierung unabhängig von den privaten Banken, um das Desaster der Vergangenheit zu vermeiden. Nur so können die Menschen überzeugt werden, sich hinter diese Offensive zu stellen. Hierzu hat eine AG um kotti & co ein Konzept entwickelt, das im Kern unterstützenswert ist.

Konsequenzen aus der wachsenden Distanz zu politischen Parteien

Ein Thema der AG war auch die wachsende Kritik in der Bevölkerung an den politischen Parteien, die vor allem bei den einkommensschwachen Haushalten festzustellen ist. Ein Indiz dafür ist auch der grassierende Rechtspopulismus in Europa, der in Frankreich, Niederlande, Belgien, Österreich inzwischen zur stärksten politischen Kraft geworden ist. Dies berührt unsere Partei ganz besonders. Die Frage steht im Raum, welche Konsequenzen wir darauf für unsere Politik ziehen müssen. Eine These ist: strikte Konzentration auf die das Alltagsleben der Menschen betreffenden Fragen, verbunden mit der alltagssprachlichen Übersetzung unserer Positionen und Forderungen zur Wohnungspolitik in Form einfacher, verständlicher Botschaften.